

Stadtteilbeirat Findorff

Fachausschuss "Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion"

Verbesserung der Barrierefreiheit in Findorff: Einrichtung eines Barrierekatasters

Bremen, 11.11.2025

Der Fachausschuss Soziales des Beirates Findorff schließt sich in wesentlichen Teilen folgendem Beschluss des Beirates Hemelingen vom 16.01.2025 an:

004-2025-B Barrierefreiheit – Beschluss Beirat Hemelingen 16.01.2025:

„Der Beirat Hemelingen fordert die zuständigen Stellen auf, die vielen vorhandenen Barrieren in Hemelingen für verschiedenste beeinträchtigte Menschen zu beseitigen und dazu noch in diesem Jahr ein Konzept zu erstellen.

Der Beirat Hemelingen fordert die Hinterlegung ausreichender finanzieller Mittel zur Beseitigung von Barrieren im öffentlichen Raum bei allen zuständigen Stellen. Dazu soll ein gemeinsamer Fördertopf eingerichtet werden.

Der Beirat Hemelingen fordert die zuständigen Stellen auf, für den Stadtteil Hemelingen mittels eines Fachplaners ein Barrierekataster noch in diesem Jahr zu erstellen. Dieses soll die Grundlage für die zukünftige Abarbeitung der Mängel im Stadtteil bilden.

Die übrigen Beiräte Bremens werden gebeten sich diesem Beschluss anzuschließen.“

Auch für Findorff wird die Einrichtung eines Barrierekatasters gefordert, das regelmäßig auch durch Beiratsmitglieder und Bürger:innen des Stadtteils aktualisiert werden kann. Die dort gesammelten Barrieren im öffentlichen Raum und die möglichen Maßnahmen zum Abbau dieser Barrieren können dann nach und nach abgearbeitet werden.

Die Einrichtung eines ressortübergreifenden Fördertopfes ist wichtig, da die Mittel aus dem Stadtteilbudget allein nicht ausreichen werden, notwendige bauliche Maßnahmen für Barrierefreiheit an Straßenkreuzungen, Gehwegen usw. zu finanzieren.

Die fachplanerische Begleitung des Barrierekatasters durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung halten wir für wichtig, dies könnte z. B. im Rahmen der Abteilung



Nahmobilität verankert sein. Die Erarbeitung und Überarbeitung eines solchen Katasters sollte in Abstimmung mit dem Landesbehindertenbeauftragten erfolgen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.